

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 10 auf:

Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Einführung einer Biokraftstoffquote durch Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und zur Änderung energie- und stromsteuerrechtlicher Vorschriften (Biokraftstoffquoten-gesetz - BioKraftQuG)  
- Drucksachen 16/2709, 16/3035

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses (7. Ausschuss)  
Drucksachen 16/3156, 16/3178 -

Berichterstattung:  
Abgeordnete Norbert Schindler  
Reinhard Schultz (Everswinkel)  
Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

Drucksache 16/3161 -  
Berichterstattung:  
Abgeordnete Jochen-Konrad Fromme  
Carsten Schneider (Erfurt)  
Otto Fricke  
Dr. Gesine Löttsch  
Anja Hajduk

Es liegt je ein **Entschließungsantrag** der Fraktion der FDP sowie der Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. - Dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und gebe das Wort der **Parlamentarischen Staatssekretärin Dr. Barbara Hendricks**. Dr. Barbara Hendricks, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Biokraftstoffquote setzt der Deutsche Bundestag heute die im Rahmen der parlamentarischen Beratungen des Energiesteuergesetzes innerhalb der Koalitionsfraktionen gefundene Verständigung über die weitere Förderung der Biokraftstoffe um, soweit diese im Energiesteuergesetz vom Sommer dieses Jahres noch nicht geregelt werden konnte. Darüber hinaus werden im Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Biokraftstoffquote die energie- und stromsteuerrechtlichen Begünstigungsregelungen für das produzierende Gewerbe und die Land- und Forstwirtschaft EU-rechtskonform neu geregelt.

Der Biokraftstoffmarkt hat sich in der Vergangenheit aufgrund der kräftigen steuerlichen Unterstützung **erfreulich dynamisch** entwickelt. **Wir wollen, dass diese Entwicklung anhält.** Damit wird ein wesentlicher Beitrag zur Energieversorgungssicherheit und zum Schutz unseres Klimas geleistet. Den weiteren Ausbau der Biokraftstoffe aber wie bisher durch Steuervergünstigungen zu betreiben, ist mit dem Konsolidierungskurs der Bundesregierung nicht vereinbar. Denn genauso rasant wie der Biokraftstoffmarkt haben sich selbstverständlich auch die Steuerausfälle entwickelt.

Ich möchte diese Beratung zum Anlass nehmen, um die Bedeutung des grundlegenden Wechsels von der steuerlichen hin zur ordnungsrechtlichen Förderung der Biokraftstoffe zu betonen. Dabei handelt es sich um einen **Paradigmenwechsel**, der ökonomischen Grundsätzen entspricht. Die Umstellung von der steuerlichen Förderung auf eine Quote bietet den Herstellern von Biokraftstoffen darüber hinaus eine **langfristige Perspektive**.

Der auf EU-Ebene angedachte erhebliche Ausbau der Biokraftstoffe über das Jahr 2010 hinaus wäre mit steuerlicher Förderung nicht mehr darstellbar. Für die schon bestehenden Anlagen für Biokraftstoffe ist der wachsende Absatzmarkt eine große Chance, zumal auch in **anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Einführung einer Quotenregelung** nachgedacht wird, man also unserem Beispiel folgen will.

Von der **überwiegenden Mehrheit** der am Gesetzgebungsverfahren beteiligten Verbände und Interessengruppen wurde das Vorhaben ausdrücklich begrüßt (**Anmerkung von Mobil ohne Fossil e.V.: Das entspricht nicht der Wahrheit!!!**). Natürlich wurden auch Kritikpunkte und Befürchtungen geäußert. **Selbstverständlich hätte der eine oder andere den Windfall-Profit, den er bisher hatte, gerne behalten.** Aber alles in allem wurde uns große Zustimmung signalisiert. So konnten auch einige Fragestellungen, die vonseiten des Bundesrates vorgetragen worden sind, berücksichtigt werden.

Den Verbraucherinnen und Verbrauchern sage ich ganz offen, dass mit der Einführung der Biokraftstoffquote im nächsten Jahr durchaus **eine leichte Erhöhung der Kraftstoffpreise** verbunden sein kann. Dass sich jedoch Behauptungen bewahrheiten, nach denen durch die Einführung der Quote der Liter Kraftstoff um bis zu 3 Cent teurer werden könnte, ist sehr zweifelhaft. Ich bitte, diese Entwicklung gelassen abzuwarten.

Ich möchte betonen, dass wir - das tun wir sicherlich in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger - Alternativen zum fossilen Öl entwickeln und fördern müssen, um im Hinblick auf die Kraftstoffe Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Das kann natürlich nicht weiter auf Kosten des Staatshaushaltes geschehen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die Förderung der Biokraftstoffe nur mit dem Instrument der Quote auf eine dauerhaft tragfähige Basis gestellt werden kann. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung soll Ziel und Maßstab unseres Handelns sein. Deshalb bitte ich um Ihre Zustimmung zum Biokraftstoffquotengesetz.

Herzlichen Dank.

**(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)**

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für die FDP-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Hermann Otto Solms.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Hermann Otto Solms (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Biokraftstoffquotengesetz muss im Zusammenhang mit dem Energiesteuergesetz gesehen werden, das zum 1. August dieses Jahres in Kraft gesetzt worden ist. Die Bundesregierung hat vorgeschlagen, die Besteuerung biogener Kraftstoffe vorzeitig einzuführen, obwohl die rot-grüne Regierung und die rot-grüne Koalition, zu der ja die SPD gehört hat, seinerzeit einen Vertrauensschutz bis 2009 zugesagt haben. Das war auch richtig so. Denn die Nichtbesteuerung biogener Kraftstoffe hat dazu geführt, dass sich dieser Markt schnell und dynamisch entwickelt hat, dass biogene Kraftstoffe viel stärker eingesetzt worden sind, dass sich mittelständische Unternehmen entwickelt haben, die diese Kraftstoffe herstellen, was natürlich zusätzliche Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten in der Land- und Forstwirtschaft gebracht hat.

(Beifall bei der FDP)

All dies wird jetzt infrage gestellt. **Natürlich stellt die Bundesregierung bei der Begründung dieses Gesetzes in den Vordergrund, sie verfolge umweltpolitische Ziele, energiepolitische Ziele, agrarpolitische Ziele, beschäftigungspolitische Ziele. Doch wenn man die Diskussion verfolgt und die Alternative einer weiteren Steuerfreiheit sieht, muss man feststellen: Es geht hier einzig um fiskalische Zielsetzungen.**

**(Reinhard Schultz [Everswinkel] [SPD]: Das haben Steuergesetze manchmal so an sich!)**

Die Bundesregierung will nichts anderes, als zusätzliche Steuern erheben. Dann soll man das aber auch so sagen.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Zahlen müssen nun die Verbraucher. Im Biokraftstoffquotengesetz wird verfügt, dass biogene Kraftstoffe beizumischen sind. Sie werden auf diese Weise der vollen Besteuerung unterzogen. Da die Preise für den Rohstoff biogener Kraftstoffe aber höher sind als bei konventionellen Kraftstoffen, führt dies zu einer Preissteigerung. Das heißt, die Autofahrer, die Kraftstoffverbraucher, werden nicht nur durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Kasse gebeten, sondern zusätzlich durch das Biokraftstoffquotengesetz. Damit kommt auf die Autofahrer in diesem Land im nächsten Jahr eine doppelte Preiserhöhung zu.

(Beifall bei der FDP)

Das widerspricht allem, was die beiden großen Parteien, die die Regierung bilden, in Aussicht gestellt haben. Das ist Wortbruch und darauf muss hingewiesen werden.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Die FDP-Fraktion spricht sich eindeutig dafür aus, nachwachsende Rohstoffe vermehrt einzusetzen. **Aber es geht darum, wie man sie in den Markt bringt.** Der Ansatz einer Steuerbefreiung für einige Jahre war genau der richtige Ansatz, weil sich so entsprechende Strukturen entwickeln konnten.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Also doch!)

Mit dem Beimischungszwang laufen wir Gefahr, dass die **entstandene mittelständische Wirtschaft**, die solche Kraftstoffe herstellt, von den großen Energiemonopolen aus dem Markt gedrängt wird. Der Beimischungszwang ist also eine **mittelstandsfeindliche Maßnahme**.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

In der Anhörung hat sich ergeben, dass dies in der Wirtschaft auch so gesehen wird. Gerade durch die hohe fixe Steuerbelastung, die aus dem Energiesteuergesetz resultiert, besteht schon jetzt die Gefahr, dass es zu einer **Überbesteuerung** kommt und geplante Investitionen zum Aufbau weiterer Produktionsanlagen gestoppt werden, weil die Wirtschaft sieht, dass sich die Produktion in einigen Jahren, wenn die zweite, dritte, vierte Stufe der Besteuerung in Kraft gesetzt wird, nicht mehr lohnt. Das Interessante ist ja - darauf haben wir schon bei der Verabschiedung des Energiesteuergesetzes hingewiesen -, dass bereits bei einem leichten Absinken der Rohölpreise die Gefahr besteht, dass die Produktion, wenn die dritte, vierte Stufe der Besteuerung in Kraft tritt, **nicht mehr wirtschaftlich ist**.

Frau Hendricks, Sie wissen das: Wir haben im Ausschuss vorgeschlagen - wie übrigens auch Vertreter der SPD-Fraktion -, nicht mit solchen starren Steuersätzen, sondern mit einem proportionalen Steuersystem zu arbeiten. Das wäre genau das richtige Instrument gewesen, weil sich die Steuerbelastung dann mit der Marktpreisentwicklung nach oben und unten entwickelt hätte und weil es aus diesem System heraus dann gar nicht zu einer Überbesteuerung hätte kommen können.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben es aber abgelehnt, dies zu tun, und Sie müssen jetzt die Konsequenzen tragen. Ich sage Ihnen voraus: **Wenn der Ölpreis noch weiter sinkt - vielleicht auf 50 Dollar je Barrel -, dann werden Sie dieses Gesetz in wenigen Jahren wieder revidieren müssen, weil Sie sonst der Branche den Garaus machen würden.**

Schließlich will ich dazu noch sagen, dass es auch die Forderung gibt, die Qualitätsnormen für die Produktion und die biogenen Kraftstoffe sehr streng zu fassen. **Das ist im Prinzip richtig so.** Das darf aber nicht zu der Konsequenz führen, dass das quasi wie ein nicht **paritätisches Handelshemmnis** wirkt und dass die Entwicklungsländer von den europäischen Märkten ausgeschlossen werden.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Einen Qualitätsanspruch wollen Sie aber auch!)

Wir müssen ein weltoffenes Land bleiben. Die Qualität ist notwendig und auch die Nachhaltigkeit bei der Produktion muss gewahrt werden. Wir dürfen aber keine Mauern um die Märkte in Deutschland bauen.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Die FDP lehnt dieses Gesetz folglich ab.

**Wir hätten dem Antrag der Grünen gerne zugestimmt, weil wir ihn sehr gut finden. Wir können ihm aber leider wegen der letzten beiden Punkte, bei denen es um die Ökosteuer geht, nicht zustimmen, weswegen wir uns enthalten werden.**

Wir halten es gegenwärtig nicht für angemessen, die Zahl der Ausnahmen bei der Ökosteuer abzubauen, wie es die Grünen fordern, weil das bei den energieintensiven Produktionsunternehmen zu starken Einschränkungen führen würde, wofür es, wie ich glaube, noch zu früh ist.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Also doch eine Teilregulierung!)

Wir erkennen aber an, dass der Antrag ansonsten gut formuliert ist und alle wesentlichen Punkte enthält. Wir werden uns bei der Abstimmung also enthalten.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Norbert Schindler spricht für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Norbert Schindler (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Verehrte Damen und Herren auf den Tribünen! Liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Plenum! Herr Solms, eine Klarstellung gleich vorneweg: In den letzten Tagen und Wochen gab es von bestimmten Anbietern in der

Mineralölwirtschaft die drohende Gebärde, dass durch die Steuererhöhung eine Preiserhöhung auf uns zukommt. Nach der dritten Runde der Beratungen im Finanzausschuss kann ich sagen: Das stimmt nicht.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Richtig!)

Es gab die Gefahr, dass wir die Beimischung von Ethanol zu schnell zu stark besteuern. Auch in Abstimmung mit der Mineralölwirtschaft haben wir einen Gleitflug bis 2009 erreicht. Die Auswirkungen wird der Markt zeigen.

Warum legen wir ein Biokraftstoffquotengesetz vor? Damit wird der Auftrag der Regierungskoalition erfüllt. Wir nehmen auch das Kiotoprotokoll ernst. In diesen Tagen wurde vom Klimainstitut in Kiel berichtet, **dass es nach den nächsten 70 bis 100 Jahren keine Gletscher mehr in den Alpen gibt. Die Erde erwärmt sich durch den Eintrag von CO2 in die Atmosphäre nach wie vor weiter, weil wir mit den vorhandenen Ressourcen nicht haushalten. Jeder weiß das. Deutschland ist jetzt wieder einmal bereit, Vorreiter auf der europäischen Ebene zu sein.**

Ja, es ist richtig: Nachwachsende Rohstoffe müssen in den Wirtschaftskreislauf. Durch die Sonne wachsen die Rohstoffe wieder nach. Dies ist nicht nur vernünftig, sondern höchst notwendig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dass wir bei den Beratungen jetzt auch die Quote bis zum Jahre 2009 erhöht haben - bei Ethanol steigt sie gleitend und bei Dieseleratzstoffen steigt sie stärker -, ist ein gutes Ergebnis gegenüber dem Regierungsentwurf. Wir alle miteinander haben in dieser Sache gut entschieden.

(Dr. Reinhard Loske [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer ist denn "wir alle miteinander"?)

Lieber Reinhard Schultz, ich sage hier einmal in aller Deutlichkeit: Wären auch die Gesetzesvorhaben unserer großen Koalition, die der Finanzausschuss nicht zu verantworten hat, nach hartem Streit hinter verschlossenen Türen - wir haben uns gefetzt, aber niemand ist mit einer unnötigen Presseerklärung nach draußen gegangen - mit einer ähnlichen Vernunft beraten und verabschiedet worden, dann wäre das Bild unserer großen Koalition weiß Gott besser.

(Dr. Reinhard Loske [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann können Sie jetzt ja die Gesundheitsreform übernehmen!)

Das sage ich mahnend allen unseren Freunden innerhalb der Koalition.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]: Es kommt nicht auf das Bild an!)

Herr Solms, Sie haben mit Recht auf die fiskalischen Auswirkungen hingewiesen. Ich erinnere mich, wie schwer sich die FDP 2004 mit der Steuerfreistellung tat. Wir sind gute Partner, Herr Solms, und gehen offen miteinander um, auch wenn wir in der Sache gelegentlich uneinig sind. Die Steuerfreistellung damals war richtig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben ihr auch seinerzeit bei der Vorbereitung im Finanzausschuss zugestimmt.

Wenn die Vorzugsbehandlung der LKW-Flotte unserem Staat auf Dauer Verluste von über 2 Milliarden Euro beschert, dann sollten wir auch keine Erwartungshaltung gegenüber der Politik in Bezug auf zu hohe Investitionen im ländlichen Raum wecken. Ich komme zwar selbst aus dem ländlichen Raum, aber meines Erachtens war bei Einnahmenverlusten in Höhe von 2 Milliarden Euro eine vernünftige Regelung seitens des Staates notwendig. Eine entsprechende Änderung wird jetzt vorgenommen. Die Koalition hat beschlossen, von der Steuerfreistellung abzugehen. Wir wollen zwar nachwachsende Rohstoffe fördern, aber dies soll in einem ordnungspolitischen Rahmen erfolgen, mit dem nicht nur die Steuereinnahmen gesichert werden, sondern auch ein deutlicher Mehrverbrauch von nachwachsenden Rohstoffen in der Bundesrepublik Deutschland erreicht wird. Was in diesen Tagen in Belgien beschlossen wird, wo eine noch striktere Quotenregelung für die Hersteller angestrebt wird, zeigt, dass sich Europa daran ein Beispiel nimmt.

Nebenbei bemerkt wird immer wieder angeführt, dass Arbeitsplätze in Gefahr sind und andere Schwierigkeiten zu erwarten sind. Ich will an dieser Stelle noch einmal **darauf hinweisen, dass wir 300 000 bis 400 000 Arbeitslose weniger haben, dass die Wirtschaft brummt und dass wir die Staatsfinanzen in den Griff bekommen haben. Wir sollten besser darüber reden, Reinhard Schultz, statt über das Kleingedruckte zu streiten, und das noch unnötigerweise in der Öffentlichkeit.**

Die Zahlen sind gut. Sie werden merken, dass das in einigen Wochen und Monaten auch in den Umfragen honoriert wird.

(Beifall bei der CDU/CSU - Dr. Reinhard Loske [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da ist bei euch der Wunsch der Vater des Gedankens!)

In dem Gesetzentwurf ist auch geregelt, was wir in der Entwicklung der Biokraftstoffe der zweiten Generation im energetischen Bereich erreichen wollen. Auch in dem vorliegenden Entwurf können Biokraftstoffe durch Rechtsverordnung stärker gefördert werden. Das gilt für alle Bereiche der Weiterentwicklung von BtL bis E 85. Aber weil das am Markt derzeit nicht umsetzbar ist, nutzen wir als Gesetzgeber die Instrumente der Politik und der Wirtschaft, von der Mineralölwirtschaft bis zur deutschen Landwirtschaft.

Bei der Einführung der Ökosteuer ist etwas überzogen worden. Das haben wir in diesem Gesetzentwurf korrigiert. Wenn die Stromkosten die Herstellungskosten um mehr als 50 Prozent übersteigen, sind nach dem Gesetzentwurf Steuererleichterungen vorgesehen. Diese Korrektur war auch im Interesse des Wirtschaftsstandortes Deutschland notwendig.

Die **Überkompensationsprüfung** haben wir in den Beratungen um eine **Unterkompensationsprüfung** ergänzt, in der untersucht wird, ob den **Herstellern in Deutschland Nachteile** entstehen. Das war im Regierungsentwurf ebenso wenig enthalten wie ein anderer wichtiger Bereich. An alle Kritiker gerichtet weise ich in diesem Zusammenhang auf den Klimaschutz hin. Wir haben eine Nachhaltigkeitsregelung vorgesehen, über die im kommenden Jahr noch einmal hier debattiert wird. Der Bundesregierung wird ein entsprechender Auftrag erteilt.

Was ist mit dieser Regelung gemeint? Wir wollen vermeiden, dass Gesetzeslücken entstehen, durch die weltweit Urwälder abgeholzt und die Tier- und Pflanzenwelt durch Monokultur zerstört werden können, und dass versucht wird, mithilfe unserer Normen den deutschen Markt mit unter solchen Bedingungen produzierten Erzeugnissen zu beliefern. Die Nachhaltigkeitsregelung bedeutet in Verbindung mit der Cross-Compliance-Regelung, die die Europäische Union in den Luxemburger Beschlüssen vereinbart hat, dass die Umwidmung von landwirtschaftlichen Flächen innerhalb Europas - ob Wald oder Wiesen - zur landwirtschaftlichen Energieerzeugung oder zur Herstellung von Nahrungsmitteln nicht mehr gestattet ist. Das ist ein wichtiger Bestandteil des Schutzes, der in der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie festgelegt ist. Was wir uns selbst auferlegt haben, muss auch auf europäischer Ebene als Kriterium gelten. Ich habe keine Bedenken, das als Deutscher gegenüber der Europäischen Union zu vertreten, weil sie zur Zustimmung verpflichtet ist.

Es kommt uns auch in Zukunft zugute, wenn wir eine aktive Umweltpolitik betreiben. Deswegen ist dieses Gesetz in umweltpolitischer Hinsicht fortschrittlich und richtig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir haben bewusst dafür gesorgt, dass mit Blick auf die Nachhaltigkeitsregeln bestimmte Importhindernisse gelten. Die Regierungsvorlage hatte solche nicht vorgesehen. Wir lassen bei der Unterposition 3824 90 99 das Untermischen von E 85 nicht zu. Um diesen Punkt haben wir hart gerungen, genauso wie um die Entlastungsmaßnahmen bei der Verwendung von Kohle, § 51 des Energiesteuergesetzes.

(Dr. Hermann Otto Solms [FDP]: Sie belasten den Steuerzahler!)

- Herr Solms, warten Sie es doch ab!

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, möchten Sie eine Zwischenfrage von Frau Bulling-Schröter zulassen?

Norbert Schindler (CDU/CSU):

Bitte schön.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Bitte, Frau Bulling-Schröter.

Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE):

Herr Kollege Schindler, wir halten die von Ihnen angesprochenen Nachhaltigkeitsregeln für dringend notwendig. Des Weiteren haben Sie die Einfuhr bzw. den Anbau innerhalb Europas erwähnt. Schon jetzt werden in Brasilien Regenwälder abgeholzt, um Palmölpflanzen anzubauen. Wir wissen, dass diese Pflanzen nur zweimal angebaut werden können; danach entsteht Wüste. Auf dem Biomarkt herrschen ebenfalls Wettbewerb und Konkurrenz. Die großen Unternehmen werden natürlich dort einkaufen, wo die Rohstoffe am billigsten sind, zum Beispiel in Brasilien. Sind Sie mit mir einer Meinung, dass es dringend notwendig ist, über die Thematik erneut zu diskutieren? Denn wir alle machen uns schuldig, wenn wir nicht **möglichst schnell** Nachhaltigkeitsregeln aufstellen, die wirklich nachhaltig wirken.

Norbert Schindler (CDU/CSU):

**Auch wenn Sie, Frau Kollegin, Abgeordnete der Linken sind: Danke für Ihre gute Zwischenfrage.**

Was Sie gesagt haben, trifft zu. Brasilianisches Ethanol ist ein gutes Beispiel für negative Auswirkungen wie Abholzung. Es ist zwar international im Angebot, wird aber derzeit in Europa aufgrund seines Preises nicht verwendet. Wir haben der Bundesregierung den Auftrag gegeben, für Nachhaltigkeitsregeln - ich nenne in diesem Zusammenhang nur das Stichwort "Cross Compliance" - einzutreten und diese im europäischen Recht - genauso wie bei anderen Produkten - zu verankern.

Wenn das gelingt, hat die Europäische Union die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, dies bei der nächsten WTO-Runde zu vertreten. Es dient der ganzen Menschheit. Wir sind daher auf einem guten Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD - Dr. Reinhard Loske [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die EU-Agrarpolitik als Menschheitssegnen!)

- Herr Kollege Loske, natürlich brauchen wir die Bauern, wenn es darum geht, nachwachsende Rohstoffe zu erzeugen, und zwar gerne auch in Europa. Es geht aber nicht nur um den Anbau. Vielmehr entwickeln wir einen neuen Ansatz beim Produktionsvermögen als dritten Weg der europäischen Landwirtschaft. Dazu bekennen wir uns ausdrücklich im Gesetz. Wir wollen natürlich die Bauern als Lieferanten, **aber auch die Mineralölwirtschaft weiterhin als Partner haben**. Nur gemeinsam geht es. Das sind die Ziele.

Ich bedanke mich für die Harmonie zwischen SPD und Union. Es war nicht immer so. Aber hier war die Zusammenarbeit vorbildlich. Dank an die Kollegen vom Finanzausschuss. Es ist ein gutes Gesetz. Machen wir es so!

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ich nehme an, dass Sie keine Beurteilung von mir erwarten.

Ich gebe dem Kollegen Hans-Kurt Hill von der Linksfraktion das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Hans-Kurt Hill (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In dem Biokraftstoffquotengesetz steckt mehr drin, als der Titel ahnen lässt.

**(Reinhard Schultz [Everswinkel] [SPD]: Stimmt!)**

Erstens. Per Gesetz wird hier eine neue Zulieferindustrie für Mineralölkonzerne geschaffen. Sie **erdrosseln gleichzeitig eine ganze Branche**, diejenigen, die reine Biokraftstoffe herstellen, und gefährden damit langfristig Hunderttausende Arbeitsplätze in Deutschland. Herr Dr. Solms hat es eben auf den Punkt gebracht.

Ich beziehe mich hier auf eine Meldung des Biokraftstoffverbandes von dieser Woche. Biokraftstoffe sollen dem herkömmlichen Benzin und Diesel zu vorgeschriebenen Anteilen beigemischt werden, und das bei vollem Steuersatz. Was wird die Mineralölwirtschaft machen? Die Kollegin Eva Bulling-Schröter hat es eben gesagt. BP und Co. werden dort kaufen, wo es am billigsten ist, nämlich im Ausland, bzw. sie werden, Herr Schindler, **unsere Landwirtschaft die Preise diktieren. Die Herstellung von Biosprit rechnet sich nur - ganz wie es sich unser Industrieminister, Herr Gabriel, vorstellt - in wenigen Großanlagen der Multis.**

**(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Ist der Industrieminister?)**

Um die Produktionskapazitäten auszulasten, werden die Energiepflanzen aus ganz Europa zusammengekartt. Auch hier ist am billigsten, was in riesigen Monokulturen angebaut wird und mit 40-Tonnen-LKWs über die Autobahn gekartt wird.

(Dr. Reinhard Loske [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Demnächst 60-Tonner!)

Oder auch mit 60-Tonnern. - Da freuen sich der Kollege Toll Collect und insbesondere unser Finanzminister.

Zweitens. **Reine Biokraftstoffe, die echte Alternative zu fossilen Brennstoffen, werden aufs Abstellgleis geschoben**. Was über die Zwangsquote hinaus auf den Biokraftstoffmarkt kommt, wird mit der Stufensteuer bestraft. Mit einer echten Förderung im Sinne der EU-Richtlinie für Biokraftstoffe hat das nichts zu tun.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine faire Steuerbegünstigung dagegen muss auch an den Effekten für Klima-, Umwelt- und Naturschutz sowie Versorgungssicherheit gemessen werden. Sie müssen schon Hellseher sein, meine Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, wenn Sie zu wissen glauben, dass sich für das Jahr 2010 daraus eine Steuerentlastung von exakt 21,04 Cent je Liter ergeben wird.

Drittens. Der Effekt für den Klimaschutz ist gleich null. Nicht nur Monokulturen und lange Transportwege verschlechtern die Klimabilanz, bei genauerem Hinsehen entpuppt sich das Quotengesetz als eine **Lex Volkswagen**. Nach einer aktuellen Klimaschutzstudie, die der Europäische Verband für Verkehr und Umwelt gestern veröffentlicht hat, wurden VW und Audi auf die hinteren Plätze verwiesen. Unter den 20 meist verkauften Marken Europas belegen sie Platz 14 und 17. Grund sind die miesen CO<sub>2</sub>-Werte ihrer Autos. Die selbst gesteckten Ziele von VW werden um fast 50 Prozent verfehlt. **Aber mit beigemischem Biosprit kann man die Klimabilanz schönrechnen, indem auf dem Papier die CO<sub>2</sub>-Neutralität des**

**Biomasseanteils abgezogen wird.** VW liegt eben in Niedersachsen. Aber keine Sorge, wir lassen Ihnen das nicht durchgehen.

Viertens. Sie subventionieren die energieintensive Industrie mit klimafreundlichem Biosprit, Herr Schultz. Mit der Zwangsquote kommt Finanzminister Steinbrück auf rund 1,4 Milliarden Euro Steuereinnahmen.

(Beifall des Abg. Reinhard Schultz [Everswinkel] [SPD])

Das kann man dem Titel des Gesetzes wirklich nicht entnehmen. Und Sie stopfen damit die Einnahmeausfälle in gleicher Höhe, die durch massive Steuergeschenke an die Beton-, Zement- und Gipsindustrie zustande gekommen sind.

Fazit: Das Biokraftstoffquotengesetz ist ein Durchlaufposten zulasten des Klimaschutzes und der Beschäftigung. Das kann nicht die Lösung sein.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Immerhin hat die Regierungskoalition - das hat Herr Schindler eben ausgeführt - eingesehen, dass wir Nachhaltigkeitskriterien für Importbiosprit brauchen und dass die Industrie ihre Energiebilanz verbessern muss, wenn sie Steuervorteile nutzen will. Wir hoffen allerdings auf sinnvollere Regeln im Vergleich zu dem Gebäudeenergiepass.

Was wir aber insgesamt brauchen, sind faire Förderbedingungen für reinen Biosprit, alternative Mobilitäts- und Antriebskonzepte, nachhaltige Anbaumethoden, regionale Wirtschaftskreisläufe und Beschäftigung insbesondere im ländlichen Raum. Die Linke wird deshalb dem hier vorliegenden Entschließungsantrag des Bündnisses 90/Die Grünen zustimmen, auch wenn wir an verschiedenen Punkten etwas zu kritisieren haben. Tun Sie es auch, damit Klimaschutz Vorfahrt hat!  
Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für das Bündnis 90/Die Grünen spricht der **Kollege Dr. Reinhard Loske.**

Dr. Reinhard Loske (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Schindler, dies ist - leider, möchte ich hinzufügen - kein gutes Gesetz, dies ist ein schlechtes Gesetz. Ich werde begründen, warum das so ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der FDP und der LINKEN)

Das Gesetz besteht aus zwei Teilen, einmal dem Abbau der Sonderregelungen im Rahmen der Ökosteuer für die Industrie und auf der anderen Seite für die Bioenergien.

Zum ersten Thema. Meines Wissens handelt es sich gemäß dem Subventionsbericht der Bundesregierung um Subventionen in Höhe von mehr als 5 Milliarden Euro. Das sind Steuerprivilegien, die der Industrie im Zusammenhang mit der Ökosteuer eingeräumt werden. Die Intention der EU-Kommission, die das nur bis zum Ende dieses Jahres notifiziert hat, ist, dass Steuerbefreiungen an ökologische Gegenleistungen gebunden werden müssen. Darauf verzichten Sie in diesem Gesetzentwurf vollständig. Im Gegenteil: Sie weiten die Sondertatbestände sogar noch aus. Das hat mit Klimaschutz so viel zu tun wie die Kuh mit dem Sonntag, nämlich überhaupt nichts.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist auch nicht zeitgemäß. Bei den Leuten greifen Sie mit zusätzlichen 3 Prozentpunkten Mehrwertsteuer zu und die Industrie kann ihre Privilegien behalten - das kommt in der Öffentlichkeit als Ungerechtigkeit an, und es ist auch ungerecht.

Zum zweiten Thema, zu den Bioenergien. Hier gibt es gute und schlechte Elemente. Anerkennenswert ist, dass man auf einen kontinuierlichen Wachstumspfad bei den Bioenergien geht. Es ist gut, dass man langfristig eine Ausbauperspektive hat; das gibt Investitionssicherheit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Schlecht ist aber, dass Sie über dieses Instrument bestimmte **Struktureffekte** auslösen, dass Sie nämlich das **Geschäft komplett in die Hand der großen Mineralölkonglomerate** geben und diesen eine sehr starke Nachfragerposition einräumen. Im Ergebnis führt das **nicht** zu dem, was wir ursprünglich wollten, nämlich Wertschöpfung im ländlichen Raum und Erwerbsalternativen für die Bauern zu schaffen. Es führt vielmehr zu einer weiteren Monopolisierung im Bereich der Mineralölwirtschaft und das ist schlecht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der FDP und der LINKEN)

Das muss man in Kombination mit dem Gesetz sehen, das Herr Kollege Solms angesprochen hat, mit dem Energiesteuergesetz, das gerade ein paar Monate alt ist. Damit haben Sie alle steuerlichen Vorteile, die bis 2009 garantiert waren, zurückgenommen. Sie führen die Bioenergien jetzt Schritt für Schritt in die Vollbesteuerung. Das wirkt sich natürlich ganz klar **zulasten** des Mittelstandes aus; Sie können das auch nicht anders verkaufen. Das ist mittelstandsfeindlich und bedeutet einen **Bruch mit der Rechtssicherheit**. Auch das ist schlecht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der FDP und der LINKEN)

Noch einige Worte zu den Änderungsanträgen im Ausschuss. Die Änderungsanträge - es waren 17 an der Zahl - kamen wie immer sehr spät. Im Ausschuss habe ich gesagt, dass die rot-grünen Zeiten dagegen ein Hort der Berechenbarkeit und Planbarkeit waren. Das will ich hier aber nicht ausweiten. Unter den Änderungsanträgen sind ein paar gute, denen wir im Ausschuss auch zugestimmt haben. Dazu gehört zum Beispiel, dass man jetzt bis zum Jahr 2015 planen kann und dass die Strafe für diejenigen erhöht wird, die die Quote nicht einhalten. Einige allzu dreiste Regelungen in Ihrem Gesetzentwurf - zum Beispiel, dass große Teile der Industriegase komplett von der Steuer befreit werden sollen - haben Sie selber wieder herausgenommen. Dem stimmen wir natürlich auch zu.

Aber wir stimmen vielen Sachen, die Sie nachträglich noch hineingeschummelt haben, nicht zu. Dass Sie ausgerechnet die **Kohle als Prozessenergie** von der **Steuer befreien** wollen, halten wir für falsch. Wir halten es auch für falsch, dass Sie zusätzliche Tatbestände für Steuerbefreiungen schaffen. Bei der Anhörung habe ich erlebt, dass die Vertreter des **VCI** und des **BDI** hochzufrieden waren. Die hatten bis auf einen Punkt nichts zu meckern. Sie wollten, dass die chemische Reduktion auch noch von der Steuer befreit wird. Und siehe da: Was passiert? Die chemische Reduktion wird auch noch von der Steuer befreit. - **Das ist Industriepolitik à la große Koalition und nicht sehr überzeugend.**

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte noch etwas zu den technischen Fragen sagen. Wichtig fand ich im Ausschuss - leider fehlt das im Ausschussbericht -, dass diese **DIN-Norm**, die ich hier nicht im Detail ausführen will, so zu interpretieren ist, dass sie nicht nur für Rapsöl, sondern für alle Pflanzenöle gilt, also auch für die uns allen sehr wichtige Sonnenblume sowie für Leinen und Leindotter. Das war eine wichtige Präzisierung, die Rechtssicherheit schafft. Eine Frage möchte ich aber noch an die Koalitionsfraktionen richten. **Sie können Sie vielleicht beantworten, Herr Schultz**; Sie reden ja nach mir. Sie haben angekündigt, dass Sie im Gegenzug zu den Steuerbefreiungen im Rahmen der Ökosteuer von den mittleren und großen Unternehmen über kurz oder lang ein Energiemanagementsystem verlangen. Ich frage Sie zunächst einmal: Warum steht das nicht im Gesetz? Eine Ankündigung ist wohlfeil. Ich frage weiter: Wann kommt das und wie soll es aussehen? Nur wenn man das weiß, sind nach meiner Einschätzung diese Steuerprivilegien gegenüber der Industrie überhaupt zu rechtfertigen.

**(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Das ist im Ausschuss schon beantwortet worden!)**

- Wir sind hier aber im Plenum und nicht im Ausschuss.

Letzter Punkt. Ich halte es für eine ganz wichtige Aufgabe der Umweltpolitik und der Finanzpolitik, dass wir das hinbekommen, was Sie bis Juli 2007 angekündigt haben, nämlich dass wir eine Verordnung über Bestimmungen für den nachhaltigen Anbau von Energiepflanzen auf den Weg bringen. Wir werden damit in Europa und im internationalen Bereich Standards setzen. Das darf nicht, wie der Kollege Solms zu Recht sagte, neoprotektionistisch oder abschottungsmäßig daherkommen. Es müssen aber hohe Qualitätsstandards sein, die für jeden in der Welt gelten. Das deutsche Parlament steht hier vor einer großen Aufgabe.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der FDP und der LINKEN **sowie bei Abgeordneten der SPD**)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege **Reinhard Schultz** spricht für die SPD-Fraktion.

Reinhard Schultz (Everswinkel) (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal bedanke ich mich natürlich bei **Norbert Schindler** und allen, die an dem Gesetzentwurf mitgewirkt haben. Die Zusammenarbeit war wirklich stilprägend: hart in der Sache, **diskret** und mit einem guten Ergebnis. Das kann man sicherlich auf andere Prozesse übertragen.

**Den Hasenfüßen und Zweiflern**, die hier ständig erzählen, wir würden mit unserer Gesetzgebung ganze Branchen platt machen, kann ich sagen: Nachdem Norbert Schindler und ich die Verhandlungsergebnisse der Koalition vor zwei Tagen



in einer kleinen Pressemitteilung bekannt gegeben haben, wurde abends in den Nachrichten berichtet, dass die Biokraftstoffwerte - wegen der langfristigen Perspektive und dem großen Marktvolumen, das wir den Biokraftstoffen einräumen - durch die Decke geschossen sind. Alles andere ist **Geplärre**, das Sie von sich geben, **weil Sie selber nichts zustande gebracht haben**. Der Markt bewertet das, was wir hier vorhaben - bevor wir es beschlossen haben -, ausgesprochen positiv.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Aber betreiben Sie hier keine Insidergeschäfte!)

- Keiner von uns hat irgendwas gekauft, um das klar zu sagen, Herr Kollege Dautzenberg.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, möchten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hill zulassen?

Reinhard Schultz (Everswinkel) (SPD):

Ja.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Bitte schön.

Hans-Kurt Hill (DIE LINKE):

Herr Kollege Schultz, mit den Werten, die Sie eben angesprochen haben, haben Sie sicherlich die Börsenkurse gemeint. Glauben Sie, dass die Börse diejenigen vertritt, **die kleine Ölmühlen** betreiben, also die Landwirte, und dass diese genauso gejubelt haben an dem Abend?

Reinhard Schultz (Everswinkel) (SPD):

Ja, ich glaube, dass ein großer Teil von denen genauso gejubelt hat, weil sie bei der Gelegenheit mitbekommen haben, dass sich im Bereich der Biokraftstoffe ein wesentlich größeres, ständig steigendes Marktvolumen abzeichnet, das sie auch bedienen können. Es wird geradezu wie durch ein Vakuum eine Sogwirkung entstehen und die Erzeuger werden die Wahl haben, ob sie für den freien, reinen Biokraftstoffmarkt oder für die Quote produzieren. (Anmerkung von Mobil ohne Fossil e.V.: Von was träumt der eigentlich Nachts ??!) Die Ansätze sind dermaßen groß, dass auch die Kleinen daran mitverdienen können. Je größer der Markt, umso eher hat auch das etwas teurere, dezentral hergestellte Rohprodukt eine Chance, in die Quote Eingang zu finden. Deswegen freuen sich die dezentralen Erzeuger genauso wie wir und wie diejenigen, die auf die Börsenwerte geschaut haben, Herr Kollege Hill. (Herr Schultz: Bitte zeigen Sie uns eine dezentrale Ölmühle auf, die sich freut – Sie haben mit Verlaub: Einen kompletten Vogel!!!)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Das heißt ganz konkret, dass wir erstens schon bis 2010 das Volumen, das durch die Quote abgebildet wird, deutlich erhöht haben und dass wir darüber hinaus Schritte bis 2014 vorgezeichnet haben, um insgesamt volumenbezogen auf 10 Prozent Beimischung zu kommen. Das ist eine gewaltige Zahl; eine volumenbezogene Beimischung von 10 Prozent würde 8 Prozent vom Energieinhalt ausmachen. Unabhängig davon haben wir für fast denselben Zeitraum auch für die reinen Biokraftstoffe Vertrauensschutz gegeben - viel länger als ursprünglich versprochen,

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 2009 haben Sie versprochen!)

allerdings mit einer progressiven Besteuerung, um die Preise dieser reinen Biokraftstoffe an die Realität heranzuführen. Herr Solms, wenn Sie als jemand, der ansonsten in Sonntagsreden der Weltmeister im Subventionsabbau ist, erzählen, dass die einzige Lösung, eine neue Industrie aufzubauen, darin besteht, dass man sie über Jahrzehnte mit hohen steuerlichen Subventionen mäset,

(Dr. Reinhard Loske [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir reden über drei Jahre!)

dann sind Sie auf dem Holzweg. Eigentlich widerlegen Sie sich mit Ihrem Ansatz selber.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich ist auch die Quote eine indirekte Subventionierung, weil das Produkt, das beigemischt wird, für die Verbraucher möglicherweise zu einer geringfügig höheren Preisbelastung führt. Auf dem anderen Weg zahlt es derselbe Kraftfahrer über die Kraftfahrzeugsteuer oder über die Mineralölsteuer, allerdings nicht über den Durchlauferhitzer Bundeshaushalt; denn der ist der einzige von allen Haushalten im föderativen Aufbau unseres Staates, der unter diesen Ausfällen zu leiden hat. Diese Steuereinnahmen werden ja nicht geteilt; der Bund nimmt sie entweder vollständig ein oder verliert sie vollständig. Wir haben aber nichts zu verlieren.

(Beifall des Abg. Leo Dautzenberg [CDU/ CSU])

Wenn es möglich wäre, über ein ordnungsrechtliches Instrument ein noch höheres Marktvolumen zu erreichen, dann wären wir wirklich bekloppt, wenn wir nicht versuchen würden, dieses Instrument zu nutzen.

(Beifall bei der SPD - Frank Schäffler [FDP]: Das haben Sie gesagt!)

Wir wollen den Markt systematisch entwickeln. Deswegen wird es jährlich im **Herbst einen Biokraftstoffbericht** geben, der über die **Zusammensetzung, über die Kosten der Rohstoffe, über die Preisrelationen zwischen konventionellem Mineralöl und neuen Kraftstoffen präzise Auskunft gibt**. Notfalls kann man, wenn es bei den Preisverhältnissen wirklich zu langfristigen Verwerfungen kommt, natürlich noch nachsteuern. Ich gehe davon aus, dass das nicht notwendig sein wird. Die Prognosen der Grünen, der FDP oder von wem auch immer sagen in Bezug auf andere Gebiete voraus, dass wir uns eher auf steigende und nicht auf ständig sinkende Ölpreise einrichten müssen. Von ständig sinkenden Ölpreisen auszugehen, wäre eine völlig abwegige Erwartung, der wir uns nicht anschließen. Aber Vorsicht ist die Mutter der Porzellankiste. Deswegen wird es diese Berichterstattung geben.

In diesem Zusammenhang sei ganz offen gesagt: Es gibt auch Fehlentwicklungen. Es kann nicht sein, dass wir entweder über eine steuerliche Förderung oder über einen dauerhaften Zugang zur Quote dafür sorgen, dass ein bestimmter Rohstoff bei der Dieselherstellung verwendet wird, wenn dieser Rohstoff an einer anderen Stelle der Produktionskette, nämlich bei der oleochemischen Industrie, fehlt. Ich spreche von den tierischen Fetten. Es bestand keine Notwendigkeit, einzugreifen. Wenn man subventioniert, dann muss man genau schauen, ob es nicht zu Marktverzerrungen kommt. Dazu wäre es gekommen. Deswegen haben wir die entsprechenden Möglichkeiten begrenzt.

Ich möchte ein letztes Wort zum Thema "Energiebesteuerung des produzierenden Gewerbes" sagen. Wir haben uns darauf verständigt, den Input zur Stromerzeugung nicht zu besteuern. Strom als Produkt wird besteuert. Wir haben uns darauf verständigt, dass Energie, die in chemischen Prozessen zur Stoffumwandlung eingesetzt wird, nicht besteuert wird. Das Ergebnis, das Produkt, wird selbstverständlich besteuert. Das gilt für alle Formen der in chemischen Prozessen eingesetzten Energie.

Nach der Verabschiedung des Energiesteuergesetzes haben wir in einer zweiten Runde einen Feinschliff vorgenommen, um dafür zu sorgen, dass es in der Baustoffwirtschaft, in der Metallurgie nicht zu Verzerrungen kommt, die wir politisch nicht wollen. Wettbewerbsgerechtigkeit ist nämlich ein ganz wichtiges politisches Prinzip.

(Beifall des Abg. Leo Dautzenberg [CDU/ CSU])

Was das produzierende Gewerbe allgemein angeht, gilt - das stimmt -: Die Steuersätze sind wieder auf dem Stand von 1998. Dagegen ist der Spitzenausgleich, also der Ausgleich eines Überhangs im Verhältnis zwischen Ökosteuerbelastung und Arbeitgeberbeiträgen zur Rentenversicherung, eingefroren. Da vereinbart ist, dass diese Arbeitgeberbeiträge steigen, wird es in diesem Bereich eine gewisse Gegenfinanzierung geben.

Wir haben gleichzeitig versprochen - auch das steht in diesem Bericht -, dass wir parallel dazu ab dem nächsten Jahr ein Energiemanagement für mittlere und größere Unternehmen einführen wollen, und die Bundesregierung aufgefordert, hierzu bis Mitte des Jahres ein abgestimmtes Konzept vorzulegen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, Sie müssen zum Ende kommen.

Reinhard Schultz (Everswinkel) (SPD):

Ich denke, das ist eine gute Lösung, die uns weiterführt. Ich bin überhaupt der Meinung, dass wir in Zeiten hoher Energiepreise von zusätzlichen preisstuernden Elementen wegkommen müssen. Wir müssen die Möglichkeiten ausschöpfen, die das Ordnungsrecht, die freiwillige Vereinbarung oder nicht pretiale Steuerungselemente bieten. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat Eckhardt Rehberg für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Eckhardt Rehberg (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Manche Debatte hier ist nur schwerlich zu verstehen. Manche reden über Industriepolitik, verunglimpfen sie. Diejenigen, die das tun, sind aber die Gleichen, die auf der Matte stehen - ich schaue insbesondere auf die linke Seite dieses Hauses - und der Politik die Schuld dafür geben, dass Arbeitsplätze abgebaut werden, weil sich die Standortbedingungen in Deutschland für Zement, Gips, Quarz oder Metall verschlechtern haben. Ein Beispiel: Ein Produzent aus Baden-Württemberg verlagert seinen Standort ins Elsaß.

Herr Kollege Schultz hat es richtig dargestellt: Das war ein Nachklapp des Energiesteuergesetzes. Man kann es auch als einen notwendigen Feinschliff bezeichnen. Herr Loske, Sie haben hier beklagt, dass möglicherweise Steuereinnahmen fehlen. Das, was fehlt, kann man durch Einnahmen aus der Einkommensteuer, der Gewerbesteuer oder anderen Steuern doppelt oder dreifach hereinholen. Insbesondere kommt es darauf an, dass es in Deutschland mehr Arbeitsplätze gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir sollten uns endlich einmal abgewöhnen, Regelungen zu treffen, mit denen man über EU-Recht hinausgeht, sozusagen draufsattelt. Das Beihilferecht macht es möglich, dass nach § 51 des Energiesteuergesetzes bzw. nach § 9 a des Stromsteuergesetzes so gehandelt worden ist, wie es die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD vereinbart haben.

Wer etwas gegen Bürokratieabbau, wie er bei der Kohlebesteuerung stattfindet, hat, den verstehe ich nun gar nicht. Hier ist die Wahlfreiheit gegeben, ob man die Steuererstattung im Nachhinein beantragt oder ob man sie - wie es für die Stahlindustrie geregelt ist - gleich bekommen möchte.

Ich muss Ihnen sagen: Gerade auf diese beiden Punkte bin ich aus Sicht der Wirtschaftspolitik stolz. Die Standortbedingungen in Deutschland sind endlich einmal nicht schlechter als in den anderen europäischen Ländern. Was die Kohlebesteuerung angeht, haben wir gemeinsam einen Beitrag zum Bürokratieabbau geleistet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Einige scheinen, gerade was den ländlichen Raum betrifft, nicht so recht zu wissen, worüber sie reden. Wenn Sie sich die Entwicklung im ländlichen Raum ansehen, stellen Sie fest, dass in süddeutschen Ländern mehr über Kooperation läuft, weil die Flächenstrukturen nicht so groß sind. In Mecklenburg-Vorpommern hat mittlerweile fast jede größere Betriebseinheit - die größeren Betriebseinheiten beginnen bei mir bei über 1 000 Hektar - Anlagen, um kaltgepresstes Pflanzenöl herzustellen. Der Selbstkostenbereich liegt hier bei 55 bis 60 Cent pro Liter. **Das bleibt über die nächsten Jahre hinaus steuerfrei. (???)** Es ist echte Wertschöpfung im ländlichen Raum, dass der Landwirt mit dem Raps, den er anbaut, seinen Traktor oder seinen Mähdrescher betreibt, um die Felder bewirtschaften und die Ente einbringen zu können. Das ist echte Wertschöpfung und nicht das, was Sie darunter verstehen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Nebenbei gesagt: Ich habe den Gesetzentwurf so gelesen, dass reine Biokraftstoffe im ländlichen Raum, verwendet in der Land- und Forstwirtschaft, genauso angerechnet werden wie die anderen Biokraftstoffe.

Lassen Sie mich zum Schluss noch auf einen Aspekte eingehen, damit hier nicht zu viel Friede, Freude, Eierkuchen herrscht. Herr Kollege Schultz, das, was Sie angesprochen haben, ist kein Fehler. Wir müssen uns in Deutschland überlegen - aus sicherheitspolitischen, energiepolitischen und umweltpolitischen Gesichtspunkten -, ob wir es uns leisten können, auf der einen Seite motorfähiges Heizöl zu verbrennen, auf der anderen Seite aber Wertstoffe, die als Biomasse dienen können, nicht zu Biokraftstoffen zu verarbeiten. Dies müssen wir uns - das sage ich ganz offen für die Unionsfraktion - im Bereich der tierischen Fette, aber auch im Bereich der Lebensmittelreste und in vielen anderen Bereichen fragen. Wir müssen in den nächsten Jahren sehr klug agieren. Es kann nicht sein, dass wir Biomasse teuer entsorgen müssen, obwohl bestimmte Biomasse zur Herstellung von Biokraftstoffen dienen kann. Aus meiner Sicht bleibt uns gar nichts anderes übrig, als hier in einem Diskussionsprozess zu bleiben. Das sind wir übrigens auch der Umwelt schuldig.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Letzte Bemerkung: **Ich bin sehr froh über die Einlassung des Deutschen Bauernverbandes und der Biokraftstoffverbände in der Anhörung, die befürworten, dass das, was wir jetzt auf den Weg gebracht haben, europäische Norm werden soll.** (von was bitte redet die gute Frau... wir waren bei der Anhörung: davon ist uns nichts bekannt...!) Deswegen ist es gut und richtig, dass das in der Beschlussempfehlung so verankert ist. Das ganze Haus sollte diesen Prozess unterstützen; denn wir haben mit der EU-Ratspräsidentschaft ab 1. Januar 2007 die Chance, dies direkt in den europäischen Diskussionsprozess einzubringen.  
Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für die SPD erteile ich Marko Mühlstein das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Marko Mühlstein (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor wenigen Wochen haben wir an dieser Stelle in der ersten Lesung den vorliegenden Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Biokraftstoffquote beraten.

Neben vielen positiven Ansätzen bestand an einigen wichtigen Stellen aus umweltpolitischer Sicht erheblicher Nachbesserungsbedarf. Dank zügiger und effizienter Verhandlungen mit meinen Fraktionskollegen und vor allem mit dem Koalitionspartner, lieber Kollege Schindler, konnten wichtige Erfolge für Umwelt und Biokraftstoffwirtschaft erzielt werden. Dafür möchte ich mich bei allen Beteiligten ganz herzlich bedanken.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Das Biokraftstoffquotengesetz verpflichtet die Mineralölwirtschaft dazu, einen wachsenden Mindestanteil an Biokraftstoffen zu vertreiben. Die Einzelquoten der Beimischung, die jetzt eine Gesamtquote von 5,75 Prozent bilden, werden künftig linear angehoben, um bis zum **Jahr 2015 10 Volumenprozent Gesamtquote** zu erreichen; das entspricht 8 Prozent der durch die Kraftstoffe erzeugten Gesamtenergie. Das sage ich vor allem vor dem Hintergrund, dass ich aus einem Bundesland - aus Sachsen-Anhalt - komme, in dem immerhin ein Fünftel des Biodiesels der gesamten Bundesrepublik produziert wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Wir haben weiterhin vereinbart, mittlere und große Industrieunternehmen zu Transparenz in Sachen Energiemanagement zu verpflichten, Herr Hill. Die Überprüfung wird im Rahmen eines Energieaudits erfolgen, bei dem Zertifizierungen vergeben werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, hierzu bis Mitte kommenden Jahres die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

Ein entscheidender Erfolg für Produzenten, Vertreiber und Verbraucher von Biokraftstoffen ist die von uns erreichte faktische Aufhebung der so genannten fiktiven Quote für Reinbiokraftstoffe. Sie wäre vor allem für kleine und mittelständische Unternehmen der Biokraftstoffbranche, die bei der Diskussion im Plenum schon häufig eine Rolle gespielt haben, ein erheblicher Wettbewerbsnachteil gewesen.

Bei der Frage der **Unterkompensation** ergibt sich aus der **Berichtspflicht der Bundesregierung zur Überkompensation des Zahlenmaterial, das es uns im Falle einer einseitigen Überbesteuerung von Biokraftstoffen ermöglicht, rechtzeitig gegenzusteuern. Diese Aufgaben werden wir als Parlamentarier zu übernehmen haben.**

**Anmerkung von MoF e.V.: Wir sind sehr gespannt, ob die Parlamentarier bis dahin den Unterschied zwischen Biodiesel und nativem Pflanzenöl verstanden haben... Weshalb brauchen wir dann überhaupt einen Steuerstufenplan ?**

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Besonders freue ich mich darüber, dass wir uns auf ein Nachhaltigkeitszertifikat für Biokraftstoffe einigen konnten. Bis Mitte Juli 2007 wird eine Verordnung vorgelegt, um einen nachhaltigen und naturverträglichen Anbau zur Herstellung von Biokraftstoffen zu gewährleisten.

(Dr. Martina Krogmann [CDU/CSU]: Sehr gut!)

So wird sichergestellt, dass für die Erzeugung von Biokraftstoff, zum Beispiel aus Palmöl, keine tropischen Regenwälder abgeholzt oder durch Brandrodung zerstört werden.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Reinhard Loske [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN])

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal betonen, dass wir uns unserer besonderen Verantwortung für dieses wichtige und sensible Ökosystem bewusst sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die herkömmlich genutzten Kraftstoffe basieren beinahe ausschließlich auf begrenzt verfügbaren fossilen Rohstoffen wie Erdöl und Erdgas. Zwangsläufig ist mit deren Verknappung und deutlichen Verteuerung zu rechnen. Bei allen richtigen und wichtigen finanz- und steuerpolitischen Erwägungen, die wir in den letzten Wochen diskutiert haben: Wir müssen jetzt die Weichen für die künftige Versorgungssicherheit stellen und gleichzeitig die Ziele im Bereich des Klimaschutzes, die wir uns selbst gesteckt haben, mit aller Kraft verfolgen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich bin der Auffassung, dass wir mit dem vorliegenden Gesetzentwurf - aus umweltpolitischer Sicht konnten wir da ja Verbesserungen erzielen - einen Schritt in die richtige Richtung tun.

Recht herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Biokraftstoffquotengesetzes, Drucksachen 16/2709 und 16/3035. Zur Abstimmung liegt eine schriftliche Erklärung der Kollegin Flachsbarth und des Kollegen Göppel vor, die unterstützt wird von der Kollegin Reiche, dem Kollegen Holzenkamp, dem Kollegen Röring, dem Kollegen Dr. Lehmer und dem Kollegen Petzold.<sup>2</sup> Der Finanzausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/3156, den Gesetzentwurf in der Ausschussfassung anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition angenommen. Dritte Beratung und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, aufzustehen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. **Damit ist der Gesetzentwurf in dritter Beratung mit demselben Ergebnis wie vorhin angenommen.**

Wir kommen zur Abstimmung über die Entschließungsanträge. Wer stimmt für den Entschließungsantrag der FDP auf Drucksache 16/3173? - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - **Damit ist der Entschließungsantrag bei Zustimmung durch die FDP und Ablehnung durch den Rest des Hauses abgelehnt.**

Wer stimmt für den Entschließungsantrag der Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen auf Drucksache 16/3172? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - **Der Entschließungsantrag ist bei Zustimmung durch die Fraktionen des Bündnisses 90/Die Grünen und Die Linke, bei Enthaltung der FDP-Fraktion und Ablehnung durch CDU/CSU und SPD abgelehnt.**

---

Anmerkung von MoF e.V.:

**Die Sitzung eines Gruselkabinetts ...**